

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Hg. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Hg. • Platzvorschriften ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telephon-Nummer 808 21. • Telegramm-Adresse: Arbeiterverband Bochum.

## Weltfeiertag der Arbeit 1929

Als vor 40 Jahren die in Paris versammelt gewesenen Delegierten der Arbeiterklasse den Beschluß faßten, das arbeitende Volk aller Länder alljährlich zu einer großen Demonstration am 1. Mai aufzurufen, da war die erste praktische Tat vollbracht, die den Mahnruf von Karl Marx — Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! — in lebendiges Werden umsetzte. Mit gewaltigem Jubel wurde dieser Beschluß von der erwachenden Arbeiterklasse zur Kenntnis genommen und an der Organisation dieser internationalen Klassendemonstration gearbeitet. Galt es doch, die Wiedergeburt des schaffenden Menschen vorzubereiten, der — unter der brutalen Wirtschaftsauffassung des liberalistisch-kapitalistischen Geistes, welcher die Entwicklung des vorigen Jahrhunderts bestimmte und beherrschte — zu einem Arbeitstier herabzusinken drohte. Nur das Notdürftigste zum Leben erhielt er als Arbeitslohn unter einer Arbeitszeit, die nur gerade so kurz war, daß der Arbeiter nicht vor Müdigkeit an seiner Arbeitsstelle zusammenbrechen und verreden konnte. Deshalb war auch die Forderung dieser Welt demonstration: Achtstündiger Arbeitstag für alle Lohnarbeiter!

Die Welt lachte — aber die Arbeiterklasse marschierte. Sie marschierte trotz Hohn und Spott und Verfolgung, worin sich die „Ordnung“ liebenden Spießer mit der säbelstahlenden Obrigkeit teilten. Sie marschierte und riß Hunderttausende mit sich, die noch gleichgültig und verständnislos am Wege standen. Weitere Hunderttausende reichten sich freiwillig ein, bis ein gewaltiges Millionenheer in aller Herren Länder alljährlich seine Freiheitsliebe um die Wette mit dem Frühlingsbrausen am 1. Mai, der Sonne und der Zukunft entgegenwarf. Und je mehr die Zahl derer, die alljährlich da draußen im Mai marschierten, wuchs, desto wütender tobten Reaktion und Finsterlinge, um die Streiter um eine neue Welt und die Fechter um Geistesfreiheit in ihrem Wollen zu vernichten. Vergebens!

Die Welt tobte — aber die Arbeiterklasse lachte. Sie lachte das junge und tühne Lachen des Abenteurers, den ein widriges Schicksal in eine widrige Situation verschlug, der aber seine ungebrochene, stetig wachsende Kraft spürt, die ihm die ganze Welt als eroberswert erscheinen läßt. „Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten, aber eine ganze Welt zu gewinnen!“ Dieser vollendeten Abklärtheit der Lebensauffassung gegenüber, gepaart mit einer unerhört tühnen Zukunftshoffnung, mußten alle Abwehrversuche der bürgerlichen Welt zum Scheitern verurteilt sein. Und sie sind gescheitert! Der Militärstaat wurde zerschlagen und die Fürstenthronen gingen in Trümmer. Die Hüter der alten Welt waren voller Entsetzen geflohen und machten den Weg frei für die Bauleute an einer neuen Zukunft.

Die Welt wehklagte — aber die Arbeiterklasse triumphierte. Sie triumphierte über all die Peiniger früherer Jahrzehnte und über die Bosheit der Knechtung und Ausbeutung. An die Stelle der verschwundenen autoritären Herrschergewalt eines fürstlichen Adlanten wurde die Souveränität des Volkes gesetzt. Alle politischen Vorrechte aus Besitz und Geburt wurden kassiert und alle Deutsche als politisch gleichberechtigt erklärt. Damit war der Weg frei für die proletarische Klasse. Sie war vor die Verwirklichung ihrer Freiheitsträume gestellt, zu praktischem Handeln berufen. Keine Minute zögerten die alten Führer, das Wort zu beginnen. Ein Arbeiter wurde Reichspräsident, der aus seinen Klassen- und Kampfgenossen seine Minister wählte. Sie fanden sich, auf der Höhe ihrer Macht, auf einem politischen Trümmerhaufen, aus dem sie die bessere Welt errichten sollten. Die Arbeit war schwer, sie konnte aber unsere Beauftragten von frischem Zupacken nicht abhalten.

Die Welt war entsetzt — aber letzter war die Arbeiterklasse gespalten. Politische Phantasten und Romantiker tauchten auf, die das Millionenheer der Indifferenten und der politisch Kurzsichtigen einzufangen und gegen die praktische Politik überden Arbeitervertreter zu führen verstanden. Die Leute waren beherrscht von einer Naivität proletarischer Wunschpolitik, die nicht höher stand als der mittelalterliche Hexenglaube. Alles war zusammengebrochen: Verwaltung, Verkehr, Wirtschaft und selbst das Vertrauen. Nichts war übrig als ein Land mit 60 Millionen hungriger Menschen, die sich gegenseitig an die Kehle sprangen und zerfleischten. Und weil die Führer jener Zeit nicht die Zauberformel fanden, nicht die Hexenkunst beherrschten, aus diesem Chaos über Nacht die gärende Masse in das „tausendjährige Reich“ hinüberzuleiten — deshalb war alles Verrat!

Die Arbeiterklasse versagte — aber die Welt hatte sich bald wieder zusammengefunden: Alle Gegenkräfte im einzelnen wurden von dem sich neu zusammenfindenden Bürgertum zurückgestellt im Interesse des einen

### Arbeiter! Angestellte!

Wenige Tage nur trennen uns vom 1. Mai, dem Tage, an dem überall die Arbeitenden aller Kulturvölker seit Jahren in großen Demonstrationen für die Befreiung der Arbeit vom Druck des Kapitalismus eintreten und an dem sie vereint den Ruf für ihre nächsten Forderungen:

### Gesetzlicher Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung und Weltfrieden

erkönen lassen. Zum vierzigsten Male begeht die Arbeiterklasse in diesem Jahre die Maiseier. Vierzig Jahre, das ist ein großer Zeitraum im Leben eines einzelnen, im Leben der Völker aber nur ein Pulsschlag, noch weniger im Kampfe um die Freiheit, den die Menschen in wechselnder Form führen, seit die Unterdrückung begann.

Vierzig Jahre! Viel ist seitdem erreicht worden. Gerade wir, die wir wissen, was noch zu tun übrig geblieben ist, brauchen die Erfolge der Arbeiterschaft nicht zu verkleinern. Und wir können sagen: Gemessen an dem, was vor vierzig Jahren war, leben wir heute, dank der Kampfesfreudigkeit der Arbeiterklasse, in einer ganz neuen Welt.

Über viel bleibt noch zu tun. Die Erfolge der Arbeitenden haben die Kapitalisten national und international zu einem festen Ring zusammengeschlossen. Unser Vormarsch soll dadurch aufgehalten werden. Trotzdem: Wir marschieren! Und wenn wir einig und geschlossen bleiben, wird uns nichts hemmen.

Nach dem mörderischen Krieg wurde der aufatmenden Welt Abrüstung und Verständigungspolitik versprochen. Pakte wurden abgeschlossen, durch die der Krieg geächtet wurde. Aber rings um uns herum starrt die Welt in Waffen. Das ist ein Zeichen, wie stark die Reaktion noch ist, die sich der neuen Zeit entgegenstemmt. Wir werden nicht ruhen, bis der Weltfrieden gesichert ist.

Auch im Kampf um den gesetzlichen Achtstundentag dürfen wir nicht erlahmen. Die letzten Verhandlungen in Genf haben von neuem gezeigt, wie groß die Widerstände sind, die wir noch zu überwinden haben. Wir werden sie überwinden, wie wir alle die Schwierigkeiten überwinden werden, die sich dem Ausbau der Sozialgesetzgebung entgegenstellen. Daß es da viel zu tun gibt, das zeigen die Verhandlungen in Paris um die Reparationen, das zeigen die Vorgänge bei uns, als es sich um die Regierungsbildung handelte. Alles das steht im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialpolitik.

Abrüstung, Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung, dafür demonstrieren wir am 1. Mai. Die deutsche Arbeiterschaft wird bei diesen Demonstrationen, zu denen der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes auffordert, nicht an letzter Stelle stehen.

Die Art, wie demonstriert wird, muß den Verbänden und Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes überlassen bleiben. Angestellte! Arbeiter! Demonstriert in würdiger Form! Hier und da bestehen Verbote der öffentlichen Umzüge. Respektiert auch diese Verbote, wie ihr auch sonst dazu steht. Die Maiseiern, diese Manifestationen für eine höhere Massenkultur, dürfen nicht zu Tummelplätzen gemacht werden für uns innerlich und äußerlich fernstehende rabaukische Elemente.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

### An die Arbeiter aller Länder!

Seit im Jahre 1889, also vor vierzig Jahren, der 1. Mai als Demonstrationstag für Völkerfrieden und Arbeiterschutz bestimmt wurde, hat die internationale Arbeiterklasse ununterbrochen ihre Stimme für Völkerfrieden, Abrüstung und internationales Schiedsgerichtsverfahren, für Arbeiterschutz und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages erhoben und den herrschenden Klassen aller Länder diese Forderung in besonders eindringlicher Form zum Bewußtsein gebracht.

Der „große Krieg“ hat diese Arbeit unterbrochen und der ganzen Welt in schärfster Weise die Schrecken einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Völkern eingehämmert.

Trotzdem inzwischen durch den Kellogg-Pakt der Krieg für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt wurde, werden die Mühsungen ununterbrochen fortgesetzt. Wenn nicht die friedensfreundlichen Teile der Völker sich ebenso rührig zeigen wie die Nationalisten und Kriegsbekker, kann eines Tages das gegenseitige Abschachten von neuem beginnen.

Es ist daher vor allem eine Pflicht der Arbeiterschaft, sich allen Versuchen, den militaristischen Geist und die militaristischen Hilfsmittel zu stärken, zu widersetzen. In der neuen Generation, die den Krieg nicht kennen gelernt hat, muß die Abneigung gegen Krieg und Militarismus aufrecht erhalten werden und die Arbeiterschaft darf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie sich einer neuen Schlächerei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen wird.

Als vor zehn Jahren die erste Arbeitskonferenz in Washington zusammentrat, dachten Unternehmer und Regierung noch einigermaßen an die Versprechungen, die der Arbeiterschaft während des Krieges gemacht wurden. Ein Arbeiterschutzprogramm wurde angenommen, das vor allem dem Verlangen der Arbeiterschaft nach Sicherung des Achtstundentages Rechnung trug. Bald aber ist man von den gegebenen Versprechungen abgerückt, fast nichts wesentliches ist durchgeführt worden: vor allem hat man es abgelehnt, die Hauptforderung der Arbeiter, den Achtstundentag, gesetzlich festzulegen. Soweit Fortschritte gemacht wurden, sind diese durch die geschlossene Macht der Arbeiterschaft durchgesetzt worden.

Es gilt, den Regierungen und der Unternehmerschaft zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht geneigt ist, sich beiseitezurücken zu lassen und zu gefasteten, daß die Reaktion die Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen verhindert.

Der 1. Mai dieses Jahres soll den herrschenden Mächten in erster Linie die Friedensforderungen der Arbeiterschaft sowie die Forderung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages in Erinnerung bringen. Darum fordern wir die Gewerkschaftsmitglieder in allen Ländern auf, auch in diesem Jahre wieder am 1. Mai machtvoll zu demonstrieren für

### Abrüstung und Schiedsgerichtsverfahren, Durchführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes, gesetzliche Festlegung des Achtstundentages.

Da der Arbeiterschaft von ihren Gegnern erfahrungsgemäß nur zugestanden wird, was sie sich durch die Macht ihrer Organisation erkämpfen kann, richten wir zugleich die eindringliche Mahnung an die gesamte Arbeiterschaft, ihre Kampforganisationen immer weiter zu stärken, um alle Widerstände gegen den Fortschritt der sozialen Entwicklung mit steigendem Erfolg zu überwinden.

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Wunsches: Vereitlung einer proletarischen Staatsherrschaft. Der Wunsch fand Erfüllung, die Arbeiterklasse blieb in zwei Lager gespalten. Vieles von dem, was gewonnen war, mußte so schon wieder aufgegeben werden. Aber das eine steht heute schon fest, daß jener Traum des Bürgertums, unser Volk wieder zurückzuführen zu können in die Fesseln der Vorkriegszeit, keine Aussicht auf Verwirklichung mehr hat. Das stärkste Bollwerk sind hier vielleicht die deutschen freien Gewerkschaften geworden, in denen sich allmählich wieder ein Millionenheer kampfgewillter Streiter der proletarischen Klasse zusammengefunden hat, das bereit ist, errungene Erfolge mit allen Mitteln zu verteidigen und in stetem, jähem Kampfe um weitere Erfolge und um Fortschritt von Stufe zu Stufe zu ringen. Hier offenbart sich neue schöpferische Kraft und tühner Gestaltungswille, der nicht nur im Politischen denkt, sondern über das Politische hinaus ins Soziale und Wirtschaftliche vorzustößen sucht. Ein neues Ziel ist daraus entstanden: die politische Demokratie durch die wirtschaftliche zu vollenden.

Aus diesem neuen und großen Zielstreben leuchten zurzeit aber drei große Forderungen unter allen anderen hervor, die erste Erfüllung erheischen und die wir bei den diesjährigen Maidemonstrationen besonders der Welt zum Bewußtsein bringen wollen. Es ist die endgültige Schaffung des Achtstundentages, der Ausbau des Arbeiterschutzes und die Organisation des Weltfriedens. Das sind die Forderungen, die zurzeit der gesamten internationalen Arbeiterschaft am nächsten liegen, weshalb sie am Maiseiertage an allen Orten, wo Proletarier wohnen und am 1. Mai sich zu solidarischer Feier oder im öffentlichen Demonstrationzuge vereinigen, der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Wir hoffen, daß unsere Mitglieder überall dort, wo sich am ersten Maientage die Demonstranten für diese Forderungen zusammenfinden, reiflos als Teilnehmer zu finden sind. Es gilt der Welt zu zeigen, daß auch nach dem Weltkriege die Arbeiterklasse den Glauben an ihren Kampf und Sieg nicht verloren hat und in ungebrochener Kraft um ihre Freiheit zu ringen bereit ist.

# Die Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau.

## Endresultate. — Die freien Gewerkschaften 50 000 Stimmen mehr als die übrigen Richtungen zusammen. Die Kommunisten besorgen kostenlos die Spaltungsarbeit der Gelben.

Verbleib in Nr. 14 vom 6. April der „Bergbau-Industrie“ haben wir das damals vorliegende Ergebnis der Betriebsratswahl im Ruhrbergbau veröffentlicht. Das nun vorliegende Gesamtergebnis umfaßt 208 Bezirke und 7 Nebenanlagen. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 260 028 und die Zahl der Beteiligung 201 109. Somit haben bei der Wahl 82,9 Prozent ihr Wahlrecht ausgeübt. Zu berücksichtigen ist, daß in diesem Jahre die Belegschaftsliste erheblich abgenommen hat. Es haben erhalten:

	Stimmen	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung
Freie Gewerkschaften . . . . .	170 048	1273	1483
Christliche Gewerkschaften . . . . .	76 001	508	608
D. D. Gewerkschaft . . . . .	3 028	7	13
Polnische Berufsvereinigung . . . . .	546	3	5
Kommunisten u. Unorg. (gem. Liste) . . . . .	29 092	200	242
Syndikalistin . . . . .	3 153	22	27
Gelbe . . . . .	8 880	30	40
Sonstige . . . . .	3 000	7	8

Wenn man bedenkt, in welcher gemeiner und niederträchtiger Weise der Wahlkampf seitens der kommunistischen Partei befohlen wurde, ist das Ergebnis für uns als kein schlechtes zu bezeichnen. Trotz ihrer wüsten Verleumdungen, die von den Kommunisten gegen die freien Gewerkschaften und deren Führer verbreitet wurden, haben wir noch über 50 000 Stimmen mehr erhalten als alle anderen Richtungen zusammen genommen. Wir gestehen, daß uns das Ergebnis nicht voll befriedigt. Wir hätten lieber gesehen, wenn die Wahl auf gewerkschaftlicher Grundlage gestiftet worden wäre, um so den Willen und die Einigkeit der Arbeiterschaft nach außen hin zu zeigen.

Auf Befehl Moskaus und mit Hilfe des russischen Rubels sollten in diesem Jahre die Kommunisten in Gemeinschaft mit den Unorganisierten, Syndikalistin und Gelben die „reformistischen“ Betriebsräte aus den Betrieben herausdrängen und an deren Stelle nur „revolutionäre“ Thälmannräte wählen. Das Bestreben der Machthaber Rußlands und der von diesen abhängigen kommunistischen Berufsfunktionäre in Deutschland geht dahin, die freien Gewerkschaften zu zerbrechen. Aber trotz Reingelien, Spaltwässern und sonstigen illegalen Mitteln will es ihnen nicht gelingen, die Grundfesten der Gewerkschaften zu erschüttern. Was ihnen bisher nicht mit illegalen Methoden gelang, sollte jetzt bei der Wahl in treuer Brüderlichkeit mit den Unorganisierten und Gelben vollbracht werden. Durch niederträchtige Verleumdung und Beschimpfung der Gewerkschaften und deren Betriebsräte und Führer hat die kommunistische Partei in Wort und Schrift die Arbeiter aufzustacheln versucht, den Gewerkschaften keine Gefolgschaft zu leisten und über sie hinweg Kampfausschüsse zu bilden und nur „revolutionäre“ (= kommunistische) Betriebsräte zu wählen. Vor der Wahl jubelte die kommunistische Presse, daß fast auf allen Schachtanlagen die Arbeiter von den Gewerkschaften abgelenkt seien und nur rote Betriebsratslisten aufgestellt sowie auch „revolutionäre“ Kampfausschüsse gebildet hätten. Die Wahl selbst hat aber gezeigt, daß die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit von den niederträchtigen Worten der kommunistischen Partei nichts wissen wollten. Selbst langjährige Mitglieder der KPD haben uns erklärt, daß sie solches arbeiterschädigende Treiben nicht mitmachen und auch nicht gutheißen können.

Den Nutzen aus dem kommunistischen Spalt zogen bei der Wahl die christlichen Gewerkschaften und die Gelben. Die freigezeichnete Front ist etwas geschwächt, was zur die kommunistischen Journalisten natürlich schon ein Erfolg bedeutet. Sie haben auf die Dummheit der Indifferenten spekuliert, die aber noch vernünftiger waren als selbst die Kommunisten annehmen, sonst hätten diese noch viel mehr Stimmen erhalten müssen. Also nur durch die Kameradschaftsbeziehung mit dem dümmsten Teile der Unorganisierten und sonstigen Schmarotzer konnten sie bei der Wahl eine Anzahl Betriebsräte, hauptsächlich in den Geschäftskreisen Essen, Gladbeck, Dortmund, Sandbörn und Recklinghausen, erhalten. In den übrigen Geschäftskreisen haben sie nur vereinzelt oder fast keine selbständigen Listen aufgestellt, weil sie nicht genügend Dumme fanden, die sich zur Unterstützung für die Interessenwahrung der revolutionären kommunistischen Berufsfunktionäre hergeben wollten.

Die kommunistische Partei ist auch selbst mit dem Ergebnis der Wahl nicht zufrieden. Das geht deutlich aus einem Artikel des „Ruhr-Schau“ vom 6. und 7. April, in welchem zu den Wahlen Stellung genommen wird, hervor. Darin wird bemängelt, daß auf vielen Werken die Opposition keine eigenen Listen aufgestellt hat, aber verschwiegen, daß man dort eben auf ihren Blödsinn verzichtete. Es trifft auch nicht zu, wie es in dem Artikel heißt, daß dort, wo kommunistische Listen gewählt sind, sowohl die christlichen wie auch die freien Gewerkschaften an Stimmen verloren haben. Im Gegenteil haben überall, wo die Kommunisten ihre verbrecherische Spaltungsarbeit angewandt haben, die christlichen Gewerkschaften und auch die Gelben an Stimmen gewonnen.

Die Unternehmer haben die kommunistischen und unorganisierten Betriebsräte nicht zu fürchten. Wiederholt haben sie, wie zum Beispiel auf Zeche Gottfried Wilhelm, erklärt, daß sie lieber mit kommunistischen Betriebsräten als mit den unorganisierten Gewerkschaften zu tun hätten. Nebenbei, was diese „revolutionäre“ Opposition nicht läßt sie der Unternehmer schamlos ihre rassistischen Reden schwingen und ihre Resolutionen einbringen, solange sie hierüber gegen die freien Gewerkschaften richten. Sie wissen, daß ihnen diese Rede so nichts schaden können, aber weißt nicht, daß die Gelben, wobei sie das Ganze noch lächerlicher haben.

Unsere Kameraden werden gut tun, wenn sie die Tätigkeit und das Verhalten der „revolutionären“ Betriebsräte aufmerksam beobachten und in den Belegschaftsversammlungen über ihr Tun Rechenschaft verlangen. Denn das Wahlergebnis, vom Gesichtspunkt der kommunistischen Seite betrachtet, als kein schlechtes für den Verband anzusehen ist, nur, daß die beherrschende Tatsache konstatiert werden, daß einzige Mitarbeiter unseres Verbandes, verstoßen und irreführt, die kommunistische Partei befolgt haben. Gegen sie mußte die Organisationsleitung die nach dem Statut vorgesehenen Maßnahmen in Anwendung bringen, um das Ansehen des Verbandes zu wahren.

Die Unternehmerrpresse frohlockt schon, daß die „deutschen Arbeiter“, wie sich die Gelben so schön bezeichnen, bei der Wahl einen großen Sieg errungen haben und daß die Kommunisten mit ihrer Spaltungsarbeit einen gewissen Erfolg erzielten. Scheinheilig spricht sie von „großen Fortschritten“ der Kommunisten, was die kommunistischen Journalisten wiederholt quitierten als „Angstgefühl der zitternden Bourgeoisie“. Die Löpel merkten gar nicht, daß es den Unternehmern durch solche Darstellung nur darauf ankommt, nach außen die Gewerkschaftsfront als erschüttert hinzustellen. Die Unternehmerrpresse setzen den Zeitpunkt herbei, wo die

Arbeiter unter ihren Fittichen sich wieder leiten und anbeten lassen. Dieses gleiche Gehirnen der Unternehmer sowie der Kommunisten, die Arbeiter den Gewerkschaften entfremden zu können und für sich zu gewinnen, bleibt für sie nur ein frommer Wunsch. Die freigezeichnete Idee kann vielleicht vorübergehend gehemmt, aber nicht aufgehoben werden. Sie allein ist die Kraft, die für die Arbeiter das Gute schafft, und sie bricht sich Bahn trotz alledem!

## Endergebnisse aus anderen Bezirken.

Aus den nachfolgenden fünf Bezirken liegen mittlerweile die Gesamtergebnisse der Betriebsratswahlen vor. Folgende Statistik unterrichtet über die Stimmen- und Mandatsverteilung:

Bezirk	Belegschaftsmögl.	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung
Lugau	8 962	8 751	97,6
Waldburg	20 079	27 629	137,6
Staden	27 039	26 646	98,5
Dannover	19 615	18 530	94,4
Dalle	45 130	43 177	95,6

\*) Bis auf eine Schachtanlage wurden nur freigezeichnete Listen aufgestellt.

Bezirk	Zahl der Stimmen:			
	Freie Gewerksch.	Christl. Gewerksch.	D. D. Gewerksch.	KPD u. Unorg.
Lugau	7 070	118	—	919
Waldburg	17 440	2 068	1 511	—
Staden	8 627	8 580	—	2 864
Dannover	16 975	768	—	—
Dalle	36 301	818	108	—

Außerdem hatten die Gelben im Bezirk Dannover 100, im Bezirk Dalle 1439 Stimmen.

Bezirk	Zahl der Mandate:				
	Freie Gew.	den. Verb.	Christl. Gew.	D. D. Gew.	KPD u. Unorg.
Lugau	59	54	21	—	7
Waldburg	144	122	1	8	—
Staden	69	67	64	—	18
Dannover	294	230	14	—	—
Dalle	865	507	17	3	—

Außerdem erhielten die Gelben im Bezirk Dalle 10 Mandate. Dieses Wahlergebnis beweist, daß in den angeführten Bezirken der bolschewistische Verrat von der Arbeiterschaft erkannt wurde.

# Mai-Massengang

Wir schreiten — staubig und ruhig,  
von einem Rhythmus befeuert.  
Wir heißen: Die ganze Welt!

Wir schreiten — Maschinenzwinger,  
eiserne stehende Ringer.  
Wir schreiten — Gewitter und Sturm!

Freudvoll sind unsre Utacken,  
freudvoll unsre Gesechte.  
Wenn wir gemeinsam marschieren,  
zittert die Erde im Takt!

Europa, Amerika, Asien,  
Afrika und Australien  
ist unser gigantisches Lager.  
Da sind wir! Wir sind es! Wir!

Millionen Männer der Kelle,  
Millionen Männer des Hobels,  
Millionen Männer des Hammers,  
Millionen Männer des Rades:  
Wir schreiten — grau, ohne Namen!  
Wir schreiten — stahlharte Männer!

Millionen Männer der Rohle,  
Millionen Männer des Pfluges,  
Millionen Männer der Feder,  
der Letter, des Elements:  
Wir schreiten im Heerband der Streiter!  
Wir schreiten weiter und weiter!

Unsere schwieligen Hände,  
gerüstet mit Hämmern und Hebeln,  
schleudern, Stockwerk um Stockwerk,  
prunkende Häuser zum Himmel.  
Häuser für alle Verwandte,  
Bekannt und Unbekannt,  
alle finden vier Wände!

Mit schaffensfreudiger Frische  
behobeln wir prächtige Tische,  
bauchige, man'tige Tische.  
Der Tische leckere Gaben  
werden dann jeden erlaben!

Wir schreiten durch Räte und Stge,  
stampfen durch Donner und Blige.  
Hebel und Kräne hervor:  
Wir heben die Erde empor!

Wladimir Stobodnik  
Nachdichtung von Victor Kallnowski.

# Die „roten“ Betriebsräte in Sowjetrußland.

Wenn gutgläubige Arbeiter in den letzten Jahren die Berichte der Rußlanddelegierten hörten und lasen, dann mußten sie zu der Auffassung kommen, daß die „roten revolutionären“ Betriebsräte in Rußland in den Betrieben nicht nur mitwirkten an der Gestaltung der Produktionsverhältnisse, sondern eigentlich die bestimmenden Faktoren waren. Die „roten“ Direktoren waren danach, wenn auch nicht gerade nachgeordnete, so doch höchstens nebengeordnete Instanzen der Betriebsräte. Diese Zusammenarbeit sollte dann die ausschlaggebende Ursache dafür sein, daß die Produktion von Jahr zu Jahr gesteigert worden sei, die Reallohn des russischen Vorkriegsstand überschritten hätten usw.

In dieser Weise regierten in den russischen Betrieben die roten revolutionären Betriebsräte angeblich — bis zum 31. Jan. 1920. An dem Tage gab der Oberste Volkswirtschaftsrat ein Dekret heraus, das von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer Zeitschrift vom 1. März 1920 (Nr. 5) mit aufrichtiger Freude begrüßt wird. Man berichtet freudbestäubend die Tatsache, daß auch in Sowjetrußland entgegen der „Kritik von unten“ die persönliche Befehlsgewalt der leitenden Angestellten wieder hergestellt worden ist. Der „Arbeitgeber“ schreibt:

1. Die kollektive Verantwortlichkeit für den Betrieb wird befestigt;
2. Der Leiter (Direktor) des Betriebes übernimmt allein die Verantwortung für den Betrieb und wird hierzu voll und ganz zum „Cerin im Hause“ gemacht;
3. Hieraus ergibt sich von selbst, daß die Befugnisse der zahlreichen verschiedenartigen Fabrikkomitees, Betriebsräte usw. wesentlich beschränkt werden;
4. Der „Kritik von unten“ wird jede Möglichkeit unmittelbarer Eingriffe in den Ablauf des Arbeitsprozesses genommen.

Aus dem „allgemeinen Teil“ des Dekrets ergibt sich: „Der Direktor des Unternehmens stellt sämtliche Angestellte ein, ohne daß es einer Zustimmung für die Einstellung von irgendwelcher Seite bedürfte“. Die Einstellung kann sogar im Wege des „Einzelarbeitsvertrages“ vorgenommen werden, tarifvertragliche Regelung ist in dem Fall annehmend nicht erforderlich.

Die Anordnungen des Direktors sind von allen Angestellten und Arbeitern zu befolgen... Mit den unzulässigen Befehlen, die die Anwendung der „Kritik von unten“ zur Folge hatte, wird durch die Bestimmung aufgeräumt, daß jeder Angestellte die Anordnungen seiner Vorgesetzten zu befolgen und deren Aufträge auszuführen hat, andernfalls er ohne weiteres von seinem Posten suspendiert wird, wobei er seines Lohnes bis zur definitiven Entscheidung des Falles verlustig geht.“

In Deutschland würde die KPD schreiben: „Wer nicht pariert, der fliegt!“

Als wichtige Neuerung wird bestimmt, daß sämtliche Vorgesetzte für befristet erklärt werden, einseitige disziplinarische Strafen zu verhängen und andererseits besondere Leistungen zu präzisieren“. Dieses System, in Deutschland angewandt, würde als „Weitsche und Baderdrot“ nicht bloß von der KPD, gebrandmarkt werden.

Dem „roten“ Direktor wird das Recht gegeben, die Arbeitsordnungen zu bestätigen. Bestimmt wird ferner, daß sämtliche die Betriebsordnung angehenden Anordnungen und Instruktionen nur von ihm (dem „roten“ Direktor) auszugehen haben. Neben dem „roten“ Betriebsdirektor wird ein „stellvertretender Direktor für Arbeitsfragen“ eingesetzt. Dessen Aufgaben werden wie folgt festgelegt:

„In der nächsten Zeit werden die stellvertretenden Direktoren ganz besonders wichtige Arbeiten zu erledigen haben: Wir hoffen, daß ihnen die Vereinstätigkeit der Maßnahmen zur Erzielung der durch die industriellen Finanzpläne vorgesehenen Normen der Arbeitsproduktivität und der Arbeitslöhne sowie der Entlastung der Betriebe von überflüssigen Arbeitskräften erwartet.“

In Deutschland würde die KPD über die Sozialverräter schreiben, die mit den Unternehmern zusammen die Nationalisierung der Betriebe auf Kosten der Arbeiter durchführen wollen.

Jedenfalls hat der Oberste Volkswirtschaftsrat in Rußland schon einen Erfolg zu verzeichnen: Er ist von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gelobt worden! Die einzige Sorge der Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände scheint die zu sein, daß die Durchführung nicht schnell genug vor sich gehen könne. Dieselbe Sorge hat in Seelenverwandtschaft auch das offizielle Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats. In der Nummer vom 2. Februar 1920 wird ausgeführt: „Die Rechte sind gegeben. (Den Direktoren und Vorgesetzten) D. Red.) Allerdings genügt es noch nicht, daß sie offiziell bekanntgegeben werden. Sie müssen in praxi realisiert und verwirklicht werden!“ Dazu aber kommt zum Schaden für die Arbeiter noch der Hohn: „... den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, das neue Dekret bei den breiten Massen der Arbeiterschaft zu popularisieren, die wichtigsten Veränderungen zu erläutern, die durch die neuen Bestimmungen in das Leben der Betriebe hineingetragen werden.“

Ein solches Ansinnen würde von den freien Gewerkschaften Deutschlands mit Hohn und Spott zurückgewiesen werden. Die „roten“ Betriebsräte und die Gewerkschaften Rußlands sind leider nur noch Vollzugsorgane des Obersten Volkswirtschaftsrats und der kommunistischen Partei Rußlands. Sie müssen die Aufgabe erfüllen helfen: Schwächung der Arbeiterrechte und Ausbau der Macht und des Einflusses der Direktoren und der Vorgesetzten. (Gewerkschafts-Zeitung.)

## Steigende Teuerung und Lohnabzüge.

Die Unternehmer sehen jedem Versuche, selbst die bescheidensten Löhne zu erhöhen, den härtesten Widerstand entgegen. Daneben häufen sich die Fälle, wo die Tarifänderungen nicht von Arbeiterschaft, sondern Unternehmenseite ausgehen. Diese erfolgen mit den ausgesetzten Bissen, die Löhne herabzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist mithin an einem sehr entscheidenden Stadium angelangt. Die Forderung der Unternehmer auf Ermäßigung der Löhne stimmt aber sehr wenig mit der zunehmenden Teuerung überein. Die Lebenshaltungskosten sind wiederum gestiegen. Der amtliche Lebenshaltungsbetrag:

1920: Januar . . . . .	150,8
Oktober . . . . .	152,1
Dezember . . . . .	153,7
1920: Januar . . . . .	153,1
Februar . . . . .	154,4
März . . . . .	156,5

Eine Steigerung um vier Punkte in vier Monaten ist nicht gering zu nennen. Dabei muß man beachten, auf welcher eckhürlicher Lebenshaltung der Lebenshaltungsbetrag aufgebaut ist. Die Steigerung des Index vom Februar bis März ist auf die hauptsächlich durch den Frost verursachte Preiserhöhung für Kartoffeln, Gemüse und Eier zurückzuführen.

# Die Lage der Kohlenwirtschaft.

Bericht, erstattet in der Sitzung des Reichskohlenrats am 10. April dieses Jahres von Berghauptmann Bennhold, Geschäftsführer des Reichskohlenrats.

Was zunächst die Produktion angeht, so hat die deutsche Steinkohlenförderung im verfloßenen Jahre zum ersten Male seit den durch den verhängnisvollen Ruhrstreik stark beeinflussten Jahren 1923 und 1924 wieder statt des seitdem beobachteten Wurfes einen Rückschritt im Mengenergebnis erlebt. Sie ist von rd. 153 1/2 Millionen Tonnen in 1927 auf rd. 150 1/2 Mill. T., also um etwa 2% Mill. T., das ist um etwa 1,78 Prozent zurückgegangen, übertrifft allerdings diejenige des letzten Friedensjahres im jetzigen Gebietsumfange des Reiches noch um reichlich 10 Mill. T., das ist um etwa 7,1 Prozent. Ihren Höhepunkt erreichte die Monatsproduktion im Vorjahre im Monat März, übertraf dabei das Vorkriegsjahresergebnis sogar um nahezu 100 000 T., fiel dann aber in dem Sommerhalbjahre stark ab, ohne sich etwa in dem Schlussvierteljahr, dessen beiden letzten Monaten durch den westlichen Eisenmangel und seine Nachwirkungen fühlbar beeinflusst waren, nennenswert zu erholen. Erst der Januar 1929 brachte eine kräftige Besserung, die aber in der nächsten Folgezeit durch den Einfluß der ungewöhnlich strengen Räte auf Betrieb und Transport wieder merklich abgeschwächt wurde.

## Die Herstellung von Steinkohlenkoks

Hat dagegen auch in 1928 ihren Anstieg fortgesetzt; sie ist um rd. 1,6 Mill. T., das ist um beinahe 5 Prozent, größer als diejenige des Vorjahres und hat mit ihren rd. 33,9 Mill. T. die Erzeugung des letzten Friedensjahres in den jetzigen Reichsgrenzen um etwa 22 Mill. T., das ist um reichlich 6,9 Prozent, überschritten. Diese Tendenz der lebhaften Beschäftigung in Koks hat auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres angehalten, in denen die Koksfrage dank des langen, strengen Winters eine besonders ausgeprägte war.

## Die deutsche Steinkohlenbrückherzeugung

Hat dagegen die seit den letzten Jahren zu beobachtende Neigung zur Abnahme fortgesetzt, wenn auch die Abnahme im Gesamtjahresbetrage nur rd. 70 000 T. ausmacht. Mag sich auch das Gerücht als Ersatz für die zeitweise starken Antriebskräfte einer gewissen Beliebtheit erfreuen, wofür der verstärkte Absatz während der letzten Monate zeugt, so ist doch im ganzen die Nachfrage nach Steinkohlenbrücken im Rückgange begriffen. Ein besonderes Beispiel hierfür bietet die Deutsche Reichsbahn, die ihre Brückenbezüge namentlich mit Rücksicht auf die Fortschritte in der Elektrifizierung ihres Bahnbetriebes fühlbar abdrückt.

## Niedererschlefen

Ist durch den Oktoberausland etwas in seinem Jahresergebnis beeinträchtigt worden; seine Belegschaft ist in einem dauernden Rückgang begriffen, ihre Zahl hat sich auch im Berichtsjahre wieder um etwa 1200 Köpfe gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres vermindert. Im übrigen machen sich dort die von der Gründung der Niederschlesischen Bergbau-A.G. in organisatorischer und wirtschaftlicher Beziehung erzielten Erfolge langsam bemerkbar. — Der Förderanteil je Kopf und Schicht der niederschlesischen Gesamtgrubenbelegschaft ist von 784 Kp. im Jahresdurchschnitt 1927 auf 847 Kp. im Jahresdurchschnitt 1928, also um rd. 8 Proz. und damit gegenüber dem Stande im letzten Friedensjahre um rd. 27 Prozent gestiegen. Unter diesen Umständen ist es in der Hoffnung auf eine weitere gedeihliche Entwicklung der Verhältnisse bei der letzten Arbeiterbewegung möglich erschienen, durch eine Lohnerhöhung die anerkannt brüden Lebensbedingungen der Bergarbeiterverbesserung des Reiches einigermaßen aufzuheben. Neger geht ein Plan, der durch baldige Fertigstellung einer größeren Anzahl von zweckmäßigen Arbeiterwohnstätten den schlimmsten Uebelständen der dort herrschenden Wohnungsnot abzuhelfen soll und dadurch auch zur allmählichen Befriedung der Verhältnisse beitragen wird. In derselben Richtung wird hoffentlich auch die zum 1. April d. J. eingetretene Erneuerung des Niederschlesischen Kohlenyndikats, über die in der heutigen Tagung noch an anderer Stelle zu berichten sein wird, wirken. In den letzten Tagen ist auch im Anschluß an den vom Fürsten Hiez betriebenen Bergbau mit der Errichtung einer Anlage zur Herstellung synthetischen Ammoniaks, der ersten derartigen Anlage im Waldburger Bezirk, begonnen worden.

## West-Oberschlefen

Das seit länger denn Jahresfrist jetzt auch in der, abgesehen von Wochen sonst üblichen achtstündigen Schichtzeit unter Tage arbeitet, seine Belegschaft im Laufe des verfloßenen Jahres weiter um rd. 3000 Köpfe vermehrt und mit ihr am 23. Februar d. J. die bisher höchste Spitzenleistung ihrer arbeitsfähigen Förderung von 91 580 Tonnen, allerdings mit Hilfe von Ueberarbeit, gegenüber einer arbeitsfähigen Jahresdurchschnittszahl von rd. 36 000 T. in 1913 erzielt hat, steht zurzeit besonders unter dem Banne der drohenden Wiedereinfuhr der polnischen Kohle nach Deutschland. Nachdem aus dem beinahe bis zum Ueberbruch geführten, bald abgebrochenen und dann wieder aufgenommenen, augenblicklich anscheinend zu einem gewissen Stillstand verurteilten Verhandlungen des deutschen Unterhändlers jetzt erkennbar geworden ist, daß schließlich gar mit einem bisher für außerhalb aller Möglichkeit gehaltenen monatlichen Einfuhrkontingent von 350 000 T. polnischer Kohle gerechnet werden müsse, ist es nur zu verständlich, daß sich gerade das west-oberschlesische Kohlenrevier, das besonders auch in seiner Arbeiterschaft den größten und unmittelbaren Stoß eines hohen Einfuhrkontingentes auszubalancieren haben würde, lebhaft mit Ueberlegungen beschäftigt, auf welchem einigermaßen wirksamen Wege die nach Menge und Preisbildung ungeliebten Einflüsse eines solchen Einbruchs polnischer Kohle in den deutschen Markt möglichst abgeschwächt werden könnten. Wenn natürlich auch West-Oberschlefen, das gerade unter der Wirkung der Absperrung der polnischen Kohle seine Kohlenproduktion gegen das letzte Friedensjahr um jetzt reichlich 77 Prozent vermehrt hat, die Hauptkosten des polnischen Wettbewerbes zu tragen haben wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß immerhin auch die übrigen deutschen Kohlenreviere, namentlich diejenige des deutschen Ostens, an einer tüchtig geordneten Entwicklung der polnischen Kohleneinfuhr interessiert sein müssen. Stellen doch z. B. die jüngsten Preissteigerungen über das neue, von der Deutschen Continentalen Gasegesellschaft zu Dessau zusammen mit Giesches Erben propagierte Magdeburger Industrialisierungsprojekt schon die demnächst hereinflutende polnische Kohle für diese Zwecke ausdrücklich mit in Rechnung. Daher darf, mögen auch die bisher bei den Verhandlungen mit Polen für die Einfuhrkontingent ins Auge gefassten Preisbindungen eine gewisse Gewähr bieten können, dennoch namentlich angesichts der rücksichtslosen Preissteigerung, die Polen z. B. auf den skandinavischen Märkten entwickelt, die Sorge um den deutschen Markt nicht unterdrückt werden. Es wäre daher sicherlich zu begrüßen, wenn es den Beteiligten auf möglichst breiter Grundlage bald gelänge, gemeinschaftlich geeignete und gangbare Mittel und Wege ausfindig zu machen, um diese Sorge auszuräumen oder abzuschwächen.

## Das Wadener Revier

Hat unter merklicher weiterer Erhöhung seiner Belegschaft, für die eine sehr ausgedehnte Arbeiterwohnungsbaupolitik besteht, seine Entwicklung, wie schon vorstehend angedeutet, sowohl auf dem Gebiete der Kohle wie des Kokes mit Erfolg fortgesetzt. In Kohle hat es die Förderung des letzten Friedensjahres um beinahe 69 Prozent vermehrt, seine Koksherstellung ist in fühlbarem Anstieg und hat nachgerade die des letzten Friedensjahres eben übertraffen. Im Absatz hat es sich unter dem Druck der schweren holländischen Konkurrenz besonders in Richtung auf den süddeutschen Markt ausgedehnt.

## Von den übrigen kleineren Revieren

Sachsen, Niederachsen und Bayern, die im wesentlichen auf ihrem vorjährigen Produktionsstand verblieben sind, hat erkeres trotz der auch in seinen Unternehmungen ausgebildeten Verwendung maßstablicher Kohlenförderung immer noch keinen nenn-

Wenigen Fortschritt in der Entwicklung des sogenannten Förderanteils aufzuweisen. Er bleibt nach wie vor fühlbar unter dem Friedensstande. Es mag dies wohl in erster Reihe mit dem Mangel an geeigneten Arbeitskräften zusammenhängen, was sich doch sogar für einzelne Werke dieses Bezirkes die Notwendigkeit der Veranziehung von Ausländern zur Ergänzung der Belegschaft ergeben.

Besonders charakteristisch ist das Bild, das der süddeutsche, Bayern, Württemberg, Baden und Wessens umfassende

## Kohlenmarkt

bietet. Er ist nachgerade der Tummelplatz beinahe aller europäischen Kohlenreviere geworden. Seine Aufnahmefähigkeit an Kohle hat sich nach den beim Reichskommissar für die Kohlenverteilung vorhandenen Unterlagen, wenn der gesamte Verbrauch an festen Brennstoffen in Steintohlenwert umgerechnet wird, von rd. 17,7 Mill. T. im Jahre 1913 auf rd. 18,5 Mill. T. in 1927 und auf rd. 19,6 Mill. T. im verfloßenen Jahre, also um rd. 4,6 Prozent und 10,6 Prozent gegen 1913 erhöht, eine bei seiner natürlichen Ungewissenheit auf die durch die neuen süddeutschen Wasserkräfte erzeugte Energie um so mehr auffallende Steigerung, als die Kohlenverbrauchszahlen für ganz Deutschland in seinen jetzigen Grenzen für diese letzten Jahre niedrige Steigerungssätze aufweisen. Während die Ruhr im Jahre 1913 von dem süddeutschen Bedarf reichlich die Hälfte deckte und in 1923 wie 1927 mit 50,2 Prozent in der Nähe dieses Anteils blieb, ist ihr Versorgungsverhältnis in 1928 auf 46,2 Proz. zurückgegangen. Dagegen hat sich der Anteil Wadens seit 1913 in regelmäßiger Zunahme bis 1928 mehr als verdoppelt und der Ober- wie Niederschlesien stark aufgeschwungen. Ebenso haben sich unter merklicher Zurückdrängung der ausländischen Braunkohle die Anteile der rheinischen und mitteldeutschen Braunkohle sowie auch der bayerischen Kohle erheblich vergrößert, und daneben ist die ausländische Zufuhr in Steintohle, unter der neben der englischer und holländischer Herkunft jetzt auch die Saars- und Lothringenkohle auftritt, von 9,5 Prozent in 1927 auf 11,6 Prozent im verfloßenen Jahre angewachsen.

Die Saargruben, die bei einer Zahl, um etwa 11 Prozent, gegen 1927 verminderten Belegschaft im verfloßenen Jahre zum ersten Male im Schichtförderanteil die Leistung des letzten Friedensjahres etwas überschritten haben und, was namentlich für die durch die Fremdberrschaft nach wie vor bedrückte Belegschaft von besonderem Vorteil war, die im Vorjahre übermäßige Zahl von Feilschichten vermeiden konnten, haben im Berichtsjahre dank der französischen Nachfrage und der gesteigerten Einfuhr nach Deutschland einen guten Absatz gehabt. Aber dieser ganze, eben geschilderte Aufstrom von Brennstoffen aller Herkunft nach dem süddeutschen Gebiet, das die Ruhrkohle an sich als unbestrittenes anzupreisen gewohnt ist, verdeutlicht klar den schweren Kampf, den sie nach allen Seiten hin zur Bewahrung ihres Absatzes zu bestehen hat.

Die nächsten Ausführungen sind der

## Lage des Ruhrbergbaues

gewidmet. Hier ist interessant, wie Herr Bennhold in auffallend einseitiger Stellungnahme seine Darlegungen im Interesse der Belegschaft und gegen die Arbeiterforderungen macht. Der Glaube, mit dem er die Jeremiaden der Ruhrindustriellen entgegennahm und verteidigt, wirkt geradezu wie angeblüht der Beweisführung, die wir als Verband für die Rentabilität des Ruhrbergbaues erbracht haben. (Er (Herr Bennhold) berichtet:

Die vorübergehende Aufbesserung der finanziellen Mittel, die den Unternehmungen durch den langen englischen Streik von 1926 zuteil geworden war, ist durch das kaum gewinnbringende Geschäft der Jahre 1927 und 1928 und durch die zur Modernisierung der Anlagen erforderlichen Investitionen aufgezehrt worden, die teuren neuen Leihkapitalen können angesichts der steuerlichen, Reparations- und sonstigen Belastung kaum erwirtschaftet werden. So sind nach einer neuerlichen Darstellung des Kommissars für Stilllegungsangelegenheiten in Dortmund im Ruhrbezirk im verfloßenen Jahre 23 selbständige, darunter auch mehrfach bedeutendere Schachtanlagen, die sich auf alle Gegend und Kohlenarten des Bezirkes verteilen und zum Teil als für absehbare Zeit aufgegeben zu werden, stillgelegt worden. In den Jahren 1927 und 1928 trotz dieses Schicksal nur je 6 Becken, während allerdings im Jahre 1925, in dem der sogenannte negative Rationalisierungsprozess an der Ruhr einsetzte, 37 Becken aufgegeben worden waren. Von 1924 bis einschließlich 1928 sind auf diese Weise 89 selbständige Schachtanlagen des Ruhrbergbaues ein Opfer der Kohlenkrise geworden. Es ist also leider nach der ganzen Lage nicht anzunehmen, daß der Prozess sich bereits seinem Ende nähert; die jüngsten Vorgänge im Bezirk weisen schon darauf hin.

Nebenher läuft die andere Seite der sogenannten negativen Rationalisierung, die bei den noch in Betrieb gehaltenen Schachtanlagen die gegenwärtig nicht mehr wirtschaftlich abbaufähigen Flöze und Flözpforten aufgibt und sie auf diese Weise in den meisten Fällen für immer opfert. Die Verluste, die gerade durch diese dem bisher an andere Abbauregeln gewöhnten Ruhrbergbau von der Not aufgezwungenen Maßnahmen für das Rationalisierungsprogramm erwachsen, sind, wenn auch schwer allgemein zu schätzen, so jedenfalls ebenfalls außerordentlich groß und bedauerlich.

## Der Stand der Grubenbelegschaft des Ruhrreviers

Ist unter dem Einfluß aller dieser Vorgänge von rd. 443 600 Köpfen im Jahresdurchschnitt 1924 auf rd. 359 200 in 1928 und im letzten Jahre selbst von rd. 374 500 im Januar auf rd. 343 800 im Dezember zurückgegangen; in den ersten Monaten des laufenden Jahres scheint allerdings ein gewisser Stillstand in dieser Abwärtsbewegung eintreten zu wollen. Bei diesem Abbau, der im verfloßenen Jahre reichlich 30 000 Arbeiter und eine entsprechende Zahl von Angestellten erfaßt hat, und der namentlich auch auf die dauernde Leistungsfähigkeit der bergbaulichen Personalsanstellungen nicht ohne nachteiligen Einfluß bleiben kann, wird regelmäßig, worauf auch besonders Behörden und Betriebsvertretungen achten, unter unklarer Wahrung der sozialen Rücksichten vorgegangen. Eine gewisse Erleichterung dabei schafft die Einrichtung der inappellablen Alterspension. Da die Aufnahmefähigkeit anderer Bergbaugruben und auch anderer Berufsgebiete zumal bei der wechselnden Konjunktur nur eine sehr begrenzte ist, kann nicht verkannt werden, daß die durch diese ganze Entwicklung der Dinge herbeigeführte Lage der Ruhrbergarbeiterbevölkerung eine recht bedauerliche geworden ist, freilich im Vergleich zu dem auch jetzt immer noch erschreckend großen Arbeitslosenheer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt immer noch eine verhältnismäßig erträgliche. Eine durchgreifende Korrektur wird wohl erst, wenn nicht sonstige ungeahnte Verhältnisse eintreten, von dem demnächst allmählich aufbrechenden Ausdauern des aus den 51 Kriegsmontaten herflammenden Geburtenrückganges zu erwarten sein. Dieser Ausfall wird für Deutschland allein auf etwa 3 1/2 Millionen Menschen berechnet, und gerade im Hinblick auf die Probleme, die das daraus resultierende Fehlen menschlicher Arbeitskräfte dann stellen wird, wird sich noch ein besonderer Wert der im deutschen Kohlenbergbau vorgenommenen Rationalisierung erweisen. Sie hat, was insbesondere die Entwicklung des Förderanteils je Schicht und Kopf der Gesamtgrubenbelegschaft des Ruhrreviers anbetrifft, auch im Laufe des verfloßenen Jahres einen beachtenswerten weiteren Fortschritt erkennen lassen. Mit ziemlicher Regelmäßigkeit, die nur in den Monaten April und Mai unterbrochen wurde, ist der Förderanteil von 1132 Kp. im Jahresdurchschnitt 1927 auf 1191 Kp. im Jahresdurchschnitt des Berichtsjahres, also um reichlich 5 Prozent und damit auf rd. 126 Prozent des Standes im letzten Friedensjahre angestiegen. Als begründete Werte Begleiterscheinung ist dabei in erfreulichem Gegensatz zum Vorjahre ein Rückgang in den Anfallen festzustellen.

So hoch auch die günstige Entwicklung dieses wichtigen Selbstfaktors, des Förderanteils, einzuschätzen ist, so hat doch der Ruhrbergbau in seiner jüngst

## der Reichsregierung vorgelegten und veröffentlichten Denkschrift

nachdrücklich darauf hinweisen müssen, daß sich das Gesamtbild seiner wirtschaftlichen Lage im verfloßenen Jahre gegenüber dem durch das Schmalenbach-Gutachten festgestellten unterdrückenden Stande nicht nennenswert zum Besseren verändert habe. Die Ausdehnung der Mai-Lohnerhöhung und das Ansteigen anderer Selbstkostenbestandteile, unter denen nachgerade die Löhne des Bergverarbeiters ein besonderes Interesse beanspruchten, sowie eine Verschlechterung des Ergebnisses in wesentlichen Zweigen der Koks- und Nebenproduktengewinnung hätten die Verbesserung des Förderanteils und den Erfolg der seit Mai eingetretenen Kohlenpreiserhöhung, deren Wirkung durch die oben näher beleuchteten Absatzhemmnisse auf dem Binnen- und Außenmarkt eine unerwartete fühlbare Einbuße erlitten hätte, im wesentlichen wieder ausgeglichen. Damit werde die schon lange brennende Frage der ausreichenden Sicherung der Werkserhaltung und der Veranlagung des in großem Umfange namentlich auch in letzter Zeit für die Fremdbelastung der Koksereinerichtungen heringekommenen Fremdbaus und des eigenen Kapitals immer ernster, und es müsse unter diesen Umständen die angelegentlichste Sorge aller an der Kohlenwirtschaft Beteiligten sein, dem Steintohlenbergbau bald wieder zu einer angemessenen Rentabilität zu verhelfen. Der unter dem Einfluß des harten Winters zugestandenermaßen eingetretene Wessung der Erlöse in den ersten Monaten des laufenden Jahres mißt der Ruhrbergbau, da es sich nur um eine aller Wahrscheinlichkeit nach vorübergehende Erscheinung handele, keine entscheidende Bedeutung bei.

Dieser Mahnruf, dessen tatsächliche Unterlagen jüngst aus beruflichen Gründen durch die Ausführungen des preußischen Handelsministers im Landtag in den wesentlichen Punkten bestätigt worden sind, hat begreiflicherweise in der Öffentlichkeit ein recht verschiedenes Echo hervorgerufen. Aber es ist doch immerhin mit Genugtuung zu vermerken, daß nachgerade auch aus denjenigen Kreisen, die bisher sich gewissermaßen grundföhllich gegen die wirtschaftlichen Darstellungen der Gegenseite eingestellt zeigten, keine stürmische Ablehnung mehr dagegen verlaute, auf die angemessenen Gebotengänge sich in näheren sachlichen Meinungsäus-tausch einzulassen. Es wäre daher sehr zu begrüßen gewesen, wenn die Beteiligten der von den Herren Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministern unlängst gegebenen Anregung nachgekommen wären, und sich unter vorläufiger Aufrechterhaltung der bestehenden tariflichen Vereinbarungen zu dem Versuch verstanden hätten, in einem von ihnen bestellten Ausschuss von Vertretern der vorliegenden Meinungsverschiedenheiten einer näheren Klärung und Annäherung entgegenzuführen. Leider haben die Gewerkschaften geglaubt, jedenfalls eine solche Bindung zur zeitigen Nichtaufkündigung der geltenden Arbeitsverträge nicht eingehen zu können, und so wird denn verflucht werden müssen, eine Lösung der schwierigen Lage, die durch die inzwischen von den Arbeitern ausgesprochene und von der Arbeitgeberseite auch ihrerseits ausgenommene und erweiterte Kündigung der geltenden Tarifabkommen ungleichbar noch verwickelter geworden ist, im Wege der sonst üblichen Auseinandersetzung herbeizuführen. Wenn dieser Versuch von Erfolg gekrönt sein soll, so muß allerdings darüber Klarheit herrschen, daß das schwere Problem auf die Dauer nur überwunden werden kann, sofern von beiden Seiten in aufrichtigem Gemeinschaftsgeist und sachlicher Arbeit an seine Lösung herangegangen wird. (Hier leitet sich Herr Bennhold eine derart einseitig — im Interesse der Unternehmer — gehaltene Darstellung, daß es schon fast an bewußte Entstellung grenzt mit der Absicht, die Position der Gewerkschaften in der schwebenden Lohnbewegung zu schwächen.)

Die oben festgestellte Zunahme der deutschen Kokserezeugung stammt zum weit überwiegenden Teil aus dem Ruhrbezirk. Er ist in den letzten Jahren zu einer weitgreifenden, bringend notwendigen Modernisierung seiner Koksereinerichtungen geschritten. Während zu Beginn des Jahres 1926 140 meist veraltete Koksereien mit rd. 16 200 Oefen betrieben wurden, sind jetzt, dem auf 32 verschiedenen Anlagen insgesamt 2770 neue Oefen errichtet worden, von denen 1060 zur Vervollständigung bereits bestehender Anlagen dienen und 1710 auf 18 vollständig neue Koksereien entfallen. Zusammen mit vier ohnehin schon als Großkoksereien anzusprechenden Anlagen sind jetzt 36 mit erheblich gesteigert Leistungsfähigkeit ausgestattete, zum Teil auch architektonisch eindrucksvolle Großkoksereien mit nicht ganz 7000 Oefen im Bezirk vorhanden, neben rd. 6000 bisher noch im Betrieb gehaltenen alten Oefen, die aber in absehbarer Zeit mehr oder weniger in Abgang kommen werden. Der mehrfach zu hörenden Bemänglung, daß mit dieser Entwicklung eine unnötige Ueberkapazität der Koksereinerichtung geschaffen worden sei, begegnet die Industrie mit dem Hinweis, daß die Bechen noch ungenützt im Januar 1928, die syndikalischen Aufträge in Koks nicht ausreichend hätten befriedigen können, und auch die in der letzten harten Kälteperiode plötzlich aufgetretenen starken Anforderungen nach vermehrten Brechkokslieferungen, die selbst alte, bereits stillgelegte Koksereinerichtungen wieder haben aufleben lassen, legen es doch wohl nahe, mit dem Vorwurf unwirtschaftlicher Kapazitätssteigerung vorsichtig umzugehen.

Die Zunahme der deutschen Kokserezeugung hat auch zu einer Vermehrung unseres Auslandsvertrages in Koks, allerdings nicht so sehr in der freien Ausfuhr als vielmehr im Reparationsverkehr, geführt. Die Jahresausfuhr in Koks einschließlich Reparationen mit beinahe 8,9 Mill. T. im verfloßenen Jahre ist die höchste bisher erzielte, wenn von dem Kohlenausnahmehahre 1926 abgesehen wird.

In auffallendem Gegensatz zu den angeführten Steinkohlenziffern hat sich im verfloßenen Jahre und auch noch weiterhin in den ersten Monaten des laufenden Jahres

## die Produktion der deutschen Braunkohle

entwickelt. Während sie in den beiden Jahren 1926 und 1927 von der Steinkohle merklich überflügelt worden war, zeigt sie im letzten Jahre einen überraschend großen Mengenanstieg um rd. 15 1/2 Mill. T. vor ihrem Wettbewerber. Mit einer Jahresförderung an Braunkohle von rd. 166 1/2 Mill. T. hat sie die Vorkriegsproduktion um beinahe 15 1/2 Mill. T., das ist um nahezu 10 1/2 Prozent, und die des letzten Friedensjahres um rd. 7,9 Mill. T., das ist um reichlich 90 Prozent, übertraffen. In ähnlichem, allerdings nicht ganz so großem Verhältnis bewegt sich die Steigerung der Braunkohlenbrückherstellung, die mit reichlich 40 Mill. T. im Jahre 1928 diejenige des Vorjahres um etwa 3,7 Mill. T. und diejenige des letzten Friedensjahres um reichlich 18 Mill. T. überholt hat. In dieser Fortentwicklung haben alle drei großen Braunkohlenreviere Deutschlands in ziemlich gleichem Ausmaße teilgenommen und haben auch für ihre Produkte, namentlich für das Briquet, dank der zweckmäßigen Staffeln ihrer Gausbränsommer- und Winterpreise einen guten gleichmäßigen Absatz gefunden. Nur im Bereich des Leipziger Syndikats hatte in den letzten Monaten des verfloßenen Jahres der flotte Abgang der Ware etwas nachgelassen, wohl eine Folge der reichlichen Eindeckung zu den vorteilhaften Sommerpreisen und der allmählich immer fühlbarer werdenden Abschwächung der heimischen Konjunktur. Seine Stapel haben dann aber bei der durch den harten Frost sprunghaft gestiegenen Nachfrage sehr zur Erleichterung der Lage beigetragen. Die abdrückende Konjunktur hat auch mehr den Absatz der Ruhrbraunkohle auf dem freien Markte verringert, so daß die Inanspruchnahme der stark gedeiherten Ruhrbraunkohlenförderung, soweit sie nicht zur Herstellung der vermehrten Briquetterzeugung erfordert wurde, den auf der Braunkohle erweiterten Unternehmungen der Großverbraucher, unter ihnen namentlich der chemischen Industrie und den Elektrizitätswerken, zuzuschreiben ist. Eine Beschäftigung dieser Art bietet die Tatsache, daß von 1927 auf 1928 die Belieferung mit Ruhrbraunkohle bei der deutlichen chemischen Industrie um rd. 19 Prozent und bei den Elektrizitätswerken um rd. 18,5 Prozent gestiegen ist, während die Verwendung von Steinkohle durch dieselben Verbraucher

weige in demselben Zeitraum nur um 6,7 und 0,8 Prozent zu-

Die starke Erhöhung der Produktion ist von einer verhältnis-

Der in den letzten Wintermonaten

ausgetretene ungewöhnlich strenge Frost hat für die Tagebau-

Nachdem die mitteldeutsche Braunkohle nach mehrfachen ver-

das Jahresergebnis in Stein- und Braunkohle

und dabei der Wert der letzteren im Vergleich zur Steinkohle

Die ganze Entwicklung weist deutlich auf die

wachsenden Fortschritte der Braunkohle

und namentlich des Braunkohlenbriquets im Gewerbe und Haus-

Die Steinkohlenproduktion

der Welt,

Die sich nach den bisher überlieferten Zahlen für das Berichtsjahr

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika

haben damit den bedeutenden Produktionsverlust, den sie bereits

Da Kanada und das übrige Amerika keine wesentlichen Ver-

In Europa

zeigt von den westlichen kontinentalen Kohlenländern Holland

Die französische Kohlenindustrie

ist im wesentlichen auf dem vorjährigen Produktionsstand in Kohle

Ähnlich wie Frankreich ist auch

Belgien

in 1928 im wesentlichen bei derselben Kohlenproduktion wie im

bleiben, haben aber ihrerseits eine loftere Vereinigung gebildet,

Unter den östlichen europäischen Kohlenländern hat in der

Tschechoslowakei

sowohl die Steinkohle- wie die Braunkohlenproduktion gegen

Neben Russland, das seine Kohlenförderung auf Grund

Polen

das vornehmlichste Interesse in Anspruch. Es hat seine Gesamt-

Die Gesamtproduktion hat sich ebenfalls wesentlich verbessert.

Betrachtung der Kohlenwirtschaftlichen

Verhältnisse Großbritanniens.

Es ist dasjenige europäische Kohlenland, das im verfloffenen Jahre

der überhöhten Bergleute, insbesondere nach Kanada in die dortige Landwirtschaft, und auf die Ueberführung in andere englische Berufszweige abzelen, Pläne, die fürzlich auch noch wieder von dem jüngst ins Leben gerufenen paritätischen Ausschuss für den Wirtschaftsfrieden unterworfen worden sind.

Die vorjährige schlimme Gestaltung der Lage der englischen Kohlenwirtschaft ist der Verlustwirtschaft zuzuschreiben, in der sie sich seit dem Frühjahr 1927 und in besonders fortschreitendem Maße seit Beginn 1928 befand. Der britische Bergwerksminister beantragte diese Verluste jüngst für 1927 auf 5% Pence und für 1928 sogar auf rd. 3 Schilling je Tonne absetzbarer Kohle, so daß sich für diese beiden Jahre ein Gesamtverlust von annähernd 15 Millionen Pfund Sterling, das sind 300 Millionen Reichsmark, errechnen läßt.

Aus dieser ganzen Darstellung ergibt sich, daß die großen Schwierigkeiten, die schon seit Jahren auf dem Weltkohlenmarkt und besonders auf seinem europäischen Abschnitt namentlich infolge des scharfen Wettbewerbes der aus den verschiedensten Gründen auf den Export angewiesenen Länder England, Deutschland und Polen lasten, auch im vergangenen Jahre ihrer Lösung nicht näher gekommen sind. Der Rückgang um etwa 14 Mill. T., den die europäische Steinkohlegewinnung im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr aufweist, und der in einer Reihe von Ländern zu beobachtende, allerdings nur verhältnismäßig geringe Verbrauchsbedarf an Brennstoffen haben keine nennenswert ausgleichende Wirkung ausgeübt.

Das internationale Kohlenproblem.

Das auch in der Londoner Brennstofftagung im September und bei dem zweiten internationalen Steinkohlenkongress in Pittsburg im November 1928 gestreift worden ist, mit aller Gründlichkeit aufgenommen. Sie hat Sachverständige der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus elf europäischen Kohlenverzeugungs- und Verbrauchsländern über die gegenwärtige Lage gehört, um die erforderlichen Unterlagen für die demnächstige weitere Behandlung der Angelegenheit vor dem Wirtschaftsausschuss selbst zu gewinnen.

auf die Gründung einer internationalen Institution hinaus, in der Vertreter der Produktion (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) sowie der Verbraucher und der Regierungen in gemeinsamer Arbeit sorgfältig überlegt, den wechselnden Verhältnissen angemessene Maßnahmen finden sollen, um den derzeit in der internationalen Kohlenwirtschaft herrschenden Unzulänglichkeiten wirksam zu begegnen. So sehr auch die Förderung der schwierigen Frage durch konkrete Umlegungen zu begrüßen ist, so wird doch bei nächster Beurteilung nicht übersehen werden dürfen, daß die befristete Beteiligung der Verbraucher und der Regierungen an der Regelung dieses in erster Reihe wirtschaftlichen Problems keine an sich schon schwere Lösung sicherlich noch weiterführen machen muß.

Im übrigen werden nimmehr die weiteren Schritte des Genfer Wirtschaftsausschusses in der Frage abzuwarten sein. Die deutsche Kohlenindustrie wird es jedenfalls, wie auch bereits mehrfach von ihren Vertretern erklärt worden ist, nicht an der tätigen Mitarbeit fehlen lassen, sobald die äußeren Voraussetzungen geschaffen sind, um einer wirksamen, in erster Reihe den europäischen Kohlenmarkt umfassenden Abgaberegung näherzutreten.

Gestaltung des Reparationslastenproblems.

Mag auch für die deutsche Kohle noch am ehesten die im letzten Bericht des Reparationsrates aufgestellte, in ihrer Allgemeinheit durchaus angreifbare These, daß Deutschland auf einem vergleichsweise hohen Niveau wirtschaftlicher Tätigkeit als laufender Betrieb wieder hergestellt sei, den Scheit einer gewissen äußeren Berechtigung tragen, ohne daß damit die Frage einer befriedigenden Rentabilität namentlich für die Steinkohle behaftet sein soll, so hängt jedenfalls auch das Schicksal der deutschen Kohlenwirtschaft, da sie ihre Hauptstütze in dem deutschen Binnenmarkt suchen muß, auf das engste von der Höhe und der Dauer der Tributabgaben ab, die in Zukunft der deutschen Wirtschaft zu Last fallen.

Sitzung der Preussischen Gruben Sicherheits-Hauptkommission am 8. April in Berlin.

Man befaßte sich zunächst mit der Unfallstatistik. Das Jahr 1928 zeigt für den gesamten preussischen Bergbau einen Rückgang der Unfälle, und zwar von 126 973 Gesamtunfällen im Jahre 1927 (die mehr als drei Tage Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten), das sind 22,92 auf 1000 Mann, auf 128 508 im Jahre 1928. Die Verhältniszahl kann für das Jahr 1928 noch nicht errechnet werden, weil die Belegschaft (Bollarbeiter) noch nicht ermittelt ist.

Als in dem Untertagebetrieb des preussischen Bergbaues ist zum ersten Male eine Abwärtsbewegung der Unfallziffern festzustellen. Dieser Rückgang zeigt sich sowohl bei den tödlichen wie auch bei den angemeldeten Unfällen, ein Zeichen dafür, daß die angemeldeten Unfälle ebenso ernst zu nehmen sind wie diejenigen mit tödlichem Ausgang.

Ferner wurden Berichte erstattet über die nach England, Belgien und Frankreich ausgeführten Studienreisen. Von einer Diskussionsrunde wurde Abstand genommen. Die Berichte werden im Druck erscheinen.

Ausführlich befaßte man sich mit der Frage des Bergbauabbaus bzw. des verfallenen Abbaues im Steinkohlenbergbau. Der Begriff „verfallener Abbau“ ist dahin zu verstehen, daß man von der Einführung fremder Berge absieht. Solche Abbaumethoden sind heute teilweise in Oberschlesien und im Warbener Revier im Gebrauch.

Hauptversammlungen der Reichs-Knappenschaft.

Am 16. April traten in Berlin in den Räumen des Reichswirtschaftsrats die auf Grund der Knappenschaftsältestenwahlen im Oktober 1928 neu gewählten Hauptversammlungen der Reichs-Knappenschaft zu ihrer ersten Tagung zusammen.

- Karl Wagschulze, Bochum;
Bernhard Meyer, Reinsdorf b. Zwickau (Sachsen);
August Lindner, Waldenburg (Niederschlesien);
Johann Hoffmann, Kallberge (Brandenburg).

Die vereinigte Hauptversammlung,

die durch Zusammentritt der Hauptversammlung für Arbeiter- und Angestelltenangelegenheiten gebildet wird, hat folgende Tagesordnung zu erledigen gehabt:

- 1. Satzungsänderungen;
2. Wahl der Ausschüsse gemäß § 161 Abs. 1 Str. 3 RAO.
Beschl. wurden folgende Satzungsänderungen:
1. Im § 7 und im § 36 sind hinter dem Wort: „Erläuterungen“ (vierte Zeile) einzuschalten die Worte: „nach außen sowie“.
2. Im § 73 ist folgende neue Nummer anzufügen:
„10. Der Bezirksverband hat die Übertragung von Arbeiten an selbständige Unternehmer mitzuteilen, falls es sich nicht zweifelsfrei um Arbeiten handelt, die in dem vom Vorstand der Reichs-Knappenschaft aufgestellten Verzeichnis als Knappenschaftsfrei bezeichnet sind.“
3. Im § 75 Ziffer 9 ist folgender Satz anzufügen:
„Die gleiche Verpflichtung haben die zu Versicherungsleistungen berechtigten Hinterbliebenen der Versicherten, soweit ihnen Leistungen zu Unrecht gewährt worden sind.“
4. Im § 76 ist in der ersten Zeile nach dem Wort „Unfall“ einzufügen: „oder wegen einer Berufskrankheit“.

Die Änderungen treten mit dem Tage der Befähigung durch den Reichsarbeitsminister in Kraft. Die Änderungen zu den §§ 7 und 36 waren notwendig, da die Zeichnung nach den bisherigen Bestimmungen nicht klar erkennen ließ, daß sie auch nach außen verbindlich ist.

Ein in der Hauptversammlung für Angestelltenangelegenheiten gestellter Antrag, der die Zusammenlegung einiger mittelbedeutender Knappenschaftsvereine bezweckte, und der wegen Nichtzuständigkeit der Hauptversammlung für Angestelltenangelegenheiten an die vereinigte Hauptversammlung weitergeleitet werden mußte, wurde von der vereinigten Hauptversammlung dem Vorstand als Material überwiesen.

Nach Schluß der vereinigten Hauptversammlung hielten die neu gewählten Mitglieder des Vorstandes ihre

erste Vorstandssitzung

ab, um die Vorsitzenden und die Ausschüsse zu wählen. Als Vorsitzende des Abteilungsvorstandes für Arbeiterangelegenheiten wurden unser Kamerad Fritz Viktor zum ersten und Generaldirektor Dr. Wislotti zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. In dem Vorstand der Angestellten ging der Vorsitz von der AM an den G. d. A. über, dessen Vertreter Markschreiber Vindscheid erster und Generaldirektor Dr. Wislotti stellvertretender Vorsitzender wurde.

Fünf Jahre Demog-Arbeit.

15 000 Wohnungen für Arbeiter und Angestellte wurden erstellt.

Die Demog (Deutsche Wohnungsfürsorge-A.G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter) konnte in diesen Tagen auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken. Sie ist seit 1924 die Spitzenorganisation für das freigewerkschaftlich-genossenschaftliche Kleinwohnungsweesen.

Zieht man jetzt das Fazit fünfjährigen Wirkens, so können sowohl die Demog als auch die einzelnen Gewerkschaftsverbände voll Stolz auf die bisherigen Erfolge tatkräftiger Selbsthilfe im Wohnungsbau blicken. Von der Demog und ihren Tochtergesellschaften sind seit der kurzen Zeit ihres Bestehens rund 15 000 Wohnungen für Arbeiter und Angestellte erstellt worden.

Der Geschäftsvorbericht der Demog für 1928 geht davon aus, daß im Gegensatz zu den optimistischen Auffassungen zu Beginn des Jahres 1927 durchweg eine recht pessimistische Auffassung über die Möglichkeiten des Wohnungsbaues zu Beginn des Jahres 1928 vorherrschte. Tatsächlich aber wurde erfreulicherweise das Berichtsjahr zu einem Reformjahr für die Wohnungserstellung.

Die Demog ist zu einem wichtigen Glied und zu einer notwendigen Ergänzung der wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterschaft geworden. Sie arbeitet Hand in Hand mit anderen großen Werken der Arbeiterschaft, der Volksfürsorge und der Arbeiterbank.

Hauptversammlung für Arbeiterangelegenheiten.

Zur Erledigung standen auf der Tagesordnung zwei Gegenstände, und zwar:

- 1. Satzungsänderungen;
2. Wahl des Abteilungsvorstandes für Arbeiterangelegenheiten.
Zu Punkt 1 wurden einige Änderungen beschlossen, die aber keine materielle Bedeutung haben, sondern eine bessere Anpassung der Satzung ans Gesetz und die Rechtsprechung bedingen.

- 1. Hinter § 91 ist einzuschalten:
„§ 91 a. Jede Änderung der Invalidentenpension durch Eintritt oder durch Ausscheiden eines Kindes wirkt vom ersten Tage des auf die Änderung folgenden Monats ab.“
2. Hinter § 93 ist einzuschalten:
„§ 93 a. Die Rubensvorschriften der §§ 91 bis 94 des Reichs-Knappenschaftsgesetzes finden auch auf das Waisengeld Anwendung.“

- 3. § 106 erhält von den Worten „mit der Maßgabe“ an folgende Fassung:
„... daß der Tag der erstmaligen Aufnahme der Beschäftigung in einem Knappenschaftlichen Betriebe oder bei Unterbrechung der Beschäftigung, auch der erneuten Aufnahme der Beschäftigung in einem Knappenschaftlichen Betriebe für die Berechnung der Anwartschaftsfristen der Auszahlung einer Rente gleichgesetzt wird und daß, falls auch Invalidenversicherungsbeiträge an eine andere Versicherungsanstalt entrichtet worden sind, auch die hierdurch in Kauf gesetzten Anwartschaftsfristen nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung zu berücksichtigen sind.“

Bei der Wahl des Abteilungsvorstandes für Arbeiterangelegenheiten erhielt unser Verband von 12 Versichertenvertretern 9, der christliche Gewerksverein 3. Die Zusammenfassung bleibt also wie im alten Vorstand. Von unserem Verbande gehören folgende Kameraden dem Vorstande an:

- Fritz Viktor, Bochum;
Josef Rüland, Koblitz (Burmbevier);
Christian Hoffmeyer, Sodingen (Ruhrrevier);
Michael Boos, Penzberg (Oberbayern);
Carl Köhner, Teufenthal (Mitteldeutschland);

17. Woche vom 21. bis 27. April 1929

Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein.



Schiedspruch für Sachfen.

Schlichtungsverhandlungen für den sächsischen Steinkohlenbergbau. Die Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrages für den sächsischen Steinkohlenbergbau wurden am 15. April im Arbeitsministerium in Dresden vor dem sächsischen Landes-Schlichter fortgesetzt.

Preussische Gruben in derselben Zeit bei einer Belegschaft von 1850 Mann rund 1800 Ueberflachten verfahren worden. Hierbei handelt es sich um eine Zeit, in der die große Räteperiode noch nicht vorherrschte.

Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Egelner Mulde.

Am 17. März fand in Egelner die Konferenz unseres Verbandes statt. Kamerad Reichle gab einen kurzen Klassen- und Geschäftsbericht. Die gedruckt vorliegende Jahresabrechnung ließ erkennen, daß es im letzten Jahre vorwärts ging.

Tarifverhandlungen für Ibbenbüren.

Am 18. April fanden zwischen den Gewerkschaftsvertretern und der Direktion des Steinkohlenbergwerks Ibbenbüren die ersten Verhandlungen über den Abschluß eines Manteltarifvertrages statt.

Standalöse Ueberstundenwirtschaft im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Während der außerordentlichen Räteperiode wurden verschiedentlich Stimmen in der Presse laut, die verlangten, daß die Braunkohlenbergarbeiter zur Behebung der „Kohlenknappheit“ Mehrarbeit leisten sollten.

Bergrat Reimerdes und die Haspelführer.

Die Verwaltung der Zeche Königsborn hatte den Haspelführern einen Lohnzuschlag in Höhe von 1 Mark pro Schicht gemacht, da sie die Meinung vertrat, daß die Haspelführer keine verantwortlichen Personen sind.

Hingewiesen, daß Herr Bergrat Reimerdes sich gutachtlich dahin geäußert hat, daß die Haspelführer nicht zu den verantwortlichen Personen gehören. Ich halte diese Auffassung des Herrn Reimerdes für falsch; und nicht nur mein Ministerium nimmt einen anderen Standpunkt ein.

Aus den Darlegungen des Herrn Preussischen Handelsministers geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß das Oberbergamt und auch das Handelsministerium den ersten Bergrat Reimerdes und sein Gutachten für die Zeche Königsborn glatt fallen ließ.



Der Vierteljahresbericht der Bez. Stahlwerke

Table showing quarterly production and employment statistics for the steel industry, including categories like Rohstoffförderung, Hochofenleistung, and Besondere Leistungen.

Mittelbericht über Braunkohlenbergbau Februar 1929.

Table detailing the production and employment statistics for the lignite mining industry in February 1929, categorized by region and type of work.

Advertisement for Dr. Oetker's Backpulver 'Backin', featuring an image of a woman and text describing the product's benefits for baking.

Advertisement for 'Togal' medicine, describing its effectiveness for rheumatism, migraines, and other ailments, with a list of prices.

Advertisement for 'Reiche Ernten' (Rich Harvests) by Fape & Bergmann, Quedlinburg, featuring an image of a goose and text about agricultural products.

Advertisement for 'Käse billiger direkt ab Fabrik' (Cheese cheaper direct from factory) and 'Arterienverkalkung' (Arteriosclerosis) treatments, including 'Radium Gletschaminin'.

Ständiges Inserieren bringt Gewinn!

Unsere Toten.

Bahnhofe Raundorf. Am 3. April nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied...

Verbandsnachrichten.

Wegen Verstößes gegen den Gleitener Beschluß und die Bestimmungen des Statuts wurden aus dem Verband ausgeschlossen:

Nr. 343 302, Wilhelm Scayngiol (S.-Nr. 1 314 758), Josef Auer (S.-Nr. 217 512), Adolf Wohlfert (S.-Nr. 1 413 308), Felix Kemnitski (S.-Nr. 1 814 676)...

Auszahlung von Unterfügungen.

Amn. Jeden 3. Sonntag nimmt der Kassierer die Kranken-scheine oder deren Abrisse entgegen und zahlt am 4. Sonntag des Monats die Krankenunterstützung aus.

Bücherrevision.

Uffel. Vom 23. bis 30. April. Bücher bereit halten!

Knappschafftsältesten-Kommission Herne.

Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, in Essen im Lokal Schröder: Kommissionssitzung.

Schluß des redaktionellen Teils.

10 000 Musikinstrumente verschenkt die Firma Ernst Hof Nachf. in Klingenthal Ca. 479 an ihre Kunden.

Im Namen des Volkes!

Privatklage des Bauhilfsarbeiters Karl Seibusch in Fran, Bachstr. 5, Privatkläger, gegen den Redakteur Heinrich Hamm in Essen, Blaschstr. 11...

PRIEMKENNER FINDEN DEN GEG-KAUTABAK im Geschmack würziger als jede andere Marke.

Heeresgut und Behälterwaren gut erhalten, schnell zusammen!

Konkurrenzlos mit Garantieschein für 1 Jahr Gute Taschenuhr nur Mk. 2.90

Sächsische Bettfedern-Fabrik Paul Meyer, Delitzsch 78

Seit 75 Jahren betreiben ich Beruf u. Vermählungen mit erkl. Instrumenten u. Säulen.

Größe Betten 28 M. 1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kissen - Ischlafig

MEINEL & HEROLD Größtes Musikinstrumentenverlagsgeschäft Deutschlands

Bettfedern für reine gut fallende Betten. 1. Kilo ganz gefüllte, um 3,- halbwedge 4,-

Deutsche Lederwarenfabrikation Berlin 978. 40, 210, 300 bis 130

200 Harzfäße 3.95 Mt. 9 1/2 Zoll mit Ringel 4.45 Mt.

+ Alle + Gummwaren Sonder-Verkauf!

Reispreßfutter füttert wie Milch vorzügliches billiges Voll- u. Milchfutter

Gratis Katalog über billige Kurzwagen, Strümpfe, Tasche usw.

Ohne Geld vorher einzulösen, erhalten Sie Nr. 31 Uhr, Antwerper u. Subis, Antwerpen

Handwagen Habler Holzbau aus prima Eichenholz

Kastenwagen 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft, 25 Mark franko.

Wir empfehlen für die Frühjahrbestellung sämtliche Gartengeräte in guter Qualität.

100% und mehr kann jeder im Nebenverdienst verdienen.

Gummwaren u. hygienisch-saniere Artikel.

Handwagen 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft, 25 Mark franko.

10000 Demuldrillen für Bettfedern

Bilbig und gut erhalten die alle Musikinstrumente, Gramophone, Schallplatten

100% und mehr kann jeder im Nebenverdienst verdienen.

Gratis Katalog über billige Kurzwagen, Strümpfe, Tasche usw.

Echte Kieler Matrosen-Kinder-Anzüge u. Mäntel